

## Haushaltsrede StR Lucha (Grüne)

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Kämmerer, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Eine bemerkenswerte Aussage im Vorbericht, die Sie auch vorher nochmal in Ihrem Vortrag, in Ihrer Rede untermauert haben, war die Feststellung, dass wir trotz aller eigenen Anstrengungen, trotz einer guten Konjunktur und trotz guter Zuwendungen Dritter ein strukturelles Haushaltsdefizit haben. Und dieses strukturelle Haushaltsdefizit fordert von uns zu überlegen, was bedeutet die Konstruktion Stadt und wie können wir dem strukturellen Haushaltsdefizit etwas entgegensetzen. Sie haben eine Haushaltssperre angekündigt und wir haben in der Vergangenheit, in den letzten beiden Jahren, seit Ihrem Amtsantritt aber schon unter Ihrem Vorgänger, Arbeitsgruppen eingeteilt, Punkt für Punkt Vorschläge bearbeitet und doch im Verwaltungshaushalt mit ca. 1,5 Mio. ganz ordentliche Beiträge geleistet. Und ich glaube, das ist auch die vornehmste Aufgabe von uns allen, immer wieder zu gucken, in Details Verbesserungen herbeizuführen. Aber den großen Wurf, den entscheidenden gesellschaftlichen Wurf werden wir natürlich nicht schaffen, da sind wir abhängig von einem gesamtpolitischen Bekenntnis, das lautet, welche Standards, welche sozialen am Gemeinwohl orientierte Standards benötigt eine Gesellschaft, damit sie stabil bleibt, damit auch jeder und ich sage jeder, die selbe Teilhabechance hat. Und für Umwelt und Mensch im Prinzip die Zukunft auch nachhaltig gestaltbar ist. Da müssen wir feststellen, dass wir z. B. mit den Zuwendungen, die den Kommunen ja aus Grundkonstruktion der staatlichen Gebilde, dass das dauerhaft nicht ausreicht und wir müssen die Ehrlichkeit haben, dass Steuersenkungen Geschenke für Wenige, Subventionen für Wenige, dauerhaft, dauerhaft nicht ins Bild passen und z.B. dass jetzt von der Bundespolitik wieder debattierte Steuersenkung den Kommunen das Geld nimmt, das Wirkung entfaltet. Die Landespolitik, die sich sehr früh mit den kommunalen Spitzenverbänden zusammengesetzt hat, hat ihrerseits tatsächlich erkannt, das hängt vielleicht auch damit zusammen, dass die neue Koalitionsregierung, ich kann es für die Grünen sagen, von 36 Mitgliedern, sind 30 langjährige Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker, und die Landesregierung bei den Kollegen und Kolleginnen von der SPD sind auch mehr als 50 %, nicht ganz so viele wie bei uns, mit einer kommunalpolitischen Herkunft und es war für uns vom ersten Tag an wichtig, dass wir die Stärkung der Kommunalfinanzen, dass das nicht nur ein Lippenbekenntnis ist, sondern tatsächlich, dass diese Finanzen mit einem Vertrag dauerhaft und über die Laufzeit der 5 Jahre der Regierung gesichert werden.

Sie haben festgestellt, dass die Erhöhung auf 3,5 Mio. bei den Unter-3-Jährigen der größte Brocken ist. Auch systematisch richtig, es werden auch die Kommunen überproportional gut bedient, die schon viel gemacht haben. Also d.h., dass wir tatsächlich einen großen Kuchen davon bekommen. Und natürlich ist es die Investition in unsere Zukunft. Und lieber Herr Lehmann, ich würde einfach, auch wenn es buchhalterisch so sein mag, der Begriff Defizit, der ist vielleicht mathematisch, haushaltstechnisch vielleicht im Haben und Soll anzuwenden, aber gesellschaftspolitisch ist es für uns und für die Zukunft unserer Stadt auch im Wettbewerb, im positiven Wettbewerb, von guten nachhaltigen Standorten, die wichtigste Investition, die wir tätigen können, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, als lebenswerte Ausgangslage für die Entscheidung, wo ich leben möchte, insofern ist dieses Geld kein Defizit, sondern die beste Anlageform, die wir machen können.

Anteilig an die Stadt Ravensburg fließen werden, ohne dass ich Ihnen jetzt die Zahlen auf die Stadt herunter brechen konnte, insgesamt 11 Mio. mehr, alles mehr als in dem Jahr 2011 oder 2010 an Sprachförderung für 3 – 6-Jährigen. Der Ausbau der Schulsozialarbeit auf 15 Mio., dass wir wieder zu der echten Drittförderung kommen. Und insgesamt 3100 mehr Lehrerinnen- und Lehrerstellen im gesamten, die für die Schulen zur Verfügung gestellt werden, inklusive zusätzlicher Deputate für die Gemeinschaftsschule. Die Gemeinschaftsschule, der Modellantrag, ich glaube, jeder, der sich mit normativer Systematik beschäftigt, wird daran kein Federlesen machen, die Gemeinschaftsschule als Modell ist nicht mehr nötig, weil sie zur Regelschule eingeführt wird. Es gab in anderen

Bundesländern Beklagungen und deswegen hat die Landesregierung alle Kommunen und alle Schulträger aufgefordert, und gebeten nach dem Gesetzesverfahren, wir beginnen jetzt mit der ersten Lesung, tatsächlich dann Anträge zu stellen. Selbstverständlich wissen wir, dass Qualität vor Geschwindigkeit eine Größenordnung ist. Wir alle sind etwas überrascht von der auf einmal doch sehr polarisierten und auch emotionalisierten und ich weiß auch gar nicht wieso, besitzstandsorientierten Debatte, die nach zweieinhalb Jahren intensiver Vorarbeit aufgebrandet ist. Wir können nochmal betonen, in einem ganz ruhigen Rückblick, warum ist die Gemeinschaftsschule als Schultyp in die Diskussion gekommen, warum wurde sie erarbeitet und warum ist sie notwendig in der Erweiterung des gesamten Angebotsspektrums. Weil die Heterogenität, die junge Menschen mitbringen, die Leistungsformen, die Arbeitsmethoden, die soziale Herkunft, die Unterstützung häufig so weit auseinandergeklafft ist und die Talente der jungen Menschen vom herkömmlichen Schulsystem nicht in der Weise aufgenommen werden konnten, wie es hilfreich und notwendig ist, wird ein Angebotstypus als Wahlangebot bereitgestellt, um eben keine soziale Vereinzelung sondern tatsächlich aus der Unterschiedlichkeit von Talenten, aus der Unterschiedlichkeit von Talenten Kraft zu schöpfen und auch die Ressourcen zu ziehen und die Vorteile untereinander zu wägen.

Übrigens haben wir den Werkrealschulen den Rücken gestärkt, indem wir die 300 pädagogische Assistentinnen und Assistenten, in Festanstellung gebracht haben, im Gegensatz zu vorher. Und auch die freien Schulen werden mit 7,5 Mio. zusätzlich bedacht. Auch da haben wir gesagt, wir wollen die Freiheit der Schulträgerwahl und wir wollen den positiven Wettbewerb. Und es tut uns allen ein bisschen weh, die die seit vielen Jahren intensiv in und um die Kuppelnau sich engagiert hatten als Elternvertreter vor 10 – 15 Jahre, die dazu beigetragen haben, dass es heute die starke Grundschule überhaupt gibt, indem wir verhindert hatten, dass eine Grundschulklasse abgezogen wurde mit dem damaligen Schulamtsleiter Lottermoser und dass wir heute im Gegenzug, weil ganz wenige denken, sie kämen persönlich zu kurz, eine große Perspektive verhindern, nämlich ein integratives Schulmodell, das Menschen jeglicher Herkunft, sei es Ethnie, sei es mit oder ohne Behinderung, sei es aus sozial niederen oder sozial schwierigeren Lagen oder nicht, einen Standort bieten können. Und ich appelliere an alle, dazu beizutragen, dass Ravensburg, die Schulstadt, genau um diesen Angebotsbereich sich erweitert. Werden wir da nicht zum Ziel kommen, werden wir dauerhaft Sekundarschulen in städtischer Trägerschaft schließen und das wäre traurig.

Positiv, und das muss man sagen, die Entwicklung der Stadt Ravensburg fördernd, ist tatsächlich der Ausbau der U-3-Betreuung. Und lieber Herr Bürgermeister Kraus, als Dezernent, muss man Ihnen einfach einmal ganz persönlich und auch Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern vom Sozialamt und dem zuständigen Amt für Soziales selbstverständlich, sagen, vielen Dank, dass Sie mit den freien Trägern und das muss man ja auch einmal erwähnen, wir haben keine eigenen kommunalen Kindergärten und wir haben früher kommunale gefordert, liebe Gisela, wir wollten auch andere Freie fördern und haben gesagt, eigentlich will die Stadt selber gestalten, aber Sie haben es gut geschafft, immer wieder unsere Qualitätsstandards mit den Trägern zu verhandeln. Und jetzt sind wir wirklich auch in der guten Voraussetzung, die Gelder, die kommen, weiter zukunftsfähig, strategisch umzusetzen, dass wir bedarfsgenau und es ist super, dass so eine Stadt wie Ravensburg, mehr als nur den gesetzlichen Anspruch benötigt. Das beweist, dass wir attraktiv sind, dass die Menschen, die sich entscheiden für Familie und Beruf für die Fachkräfte weiblich wie männlich, die gerade unserem Arbeitsmarkt fehlen, zur Verfügung zu stellen und unser gesellschaftliches Leben bereichern. Weil alle, die so ein Leben führen, das wissen wir, sind die, die aktiv sind, die sich anstrengen, dass ein gesellschaftliches Miteinander funktioniert. An dieser Stelle Ihnen und Ihrer Behörde stellvertretend auch für alle Träger der Kindergärten ein ganz großes Dankeschön. Sie sind die Grundlage der nächsten 20 Jahre Ravensburger Entwicklung. Dazu gehört auch, lieber Herr Kraus, als Dezernent, dass wir natürlich Hilfskonstruktionen, die wir derzeit haben, die noch nicht das ganze Wochenpaneel abbilden, dass wir die überwinden helfen. Wir bekommen zunehmend, bei allem Lob, das wir

bekommen, auch die Rückmeldung, dass Beschäftigungsformate vor allem auch in leitenden Funktionen, muss man ja auch einmal sehen, wer wird nachgefragt, wo ist der Fachkräfte- und der Arbeitskräftemangel, dass es da noch Lücken gibt und wir werden mit Ihnen gemeinsam analysieren müssen, dass wir tatsächlich hier noch breitere Angebote brauchen, dass wirklich Beschäftigung und Erziehung auch nicht Hilfskonstrukte braucht. In diesem Zusammenhang kommt noch dazu, dass das Land nicht nur in die Betreuungseinrichtungen seine finanziellen Mittel erhöht hat, sondern umfasst noch einmal 400.000 für den Landkreis Ravensburg, das ja der Stadt Ravensburg als größte Kommune am meisten zu Gute kommt. Auch für die Unterstützung bei der Tagespflege. Betreuung also nicht nur in Einrichtungen, sondern auch individuell. So dass sie sehen, dass auch die Entwürfe persönlich durchaus respektiert werden.

Wir selbst haben in der Kommune ein paar ganz wichtige Aufgaben die nächsten Jahre zu machen. Sie haben selbst gesagt, Herr Oberbürgermeister, das ist tatsächlich Wohnbau, die Frage von Verdichtung, von Umwandlung, von Wohnressourcen, aber der sorgsame Umgang mit unseren reduzierten Flächen, vor allem auch der sorgsame Umgang mit unseren in Klimazonen befindlichen Hanglagen. Wir haben eine natürliche Grenze der Erweiterung, die wir nicht überschreiten sollten. Wir wissen auch aus unserem Klimagutachten, das wir gemeinsam im GMS zum Auftrag gegeben haben, dass wir sehr sensible Zonen haben, dass wir klimatisch ungünstige Bedingungen vorfinden. Wir müssen darauf achten, dass wir ganz entscheidende, ganz entscheidende Flächen nicht mehr bebauen. Umso wichtiger ist es, auf Konversion zu achten, welche Flächen können wir umnutzen. Umso wichtiger ist es, dass wir mit den Bürgerinnen und Bürgern gemeinsam Umwandlungskonzepte machen, wie sie Wohnraum gestalten. Wenn wir einen integralen, integrierten Stadtentwicklungsplan machen, da müssen wir die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen. Wie werden sie in 20 Jahren wohnen. Die Wohnungen, die sie heute brauchen mit ihren Kindern, sind nicht mehr die Wohnungen, die wir später benötigen, wenn z.B. Mobilitätseinschränkungen und weitere Fragen dazukommen. Das alles muss jetzt organisiert werden. Im Übrigen jetzt auch organisiert werden, auch in der Frage, von Bürgerbeteiligungsprozessen, ich werde an anderer Stelle noch dazu kommen. Und wir sind der Meinung ein dritter Punkt, das Land hat ja jetzt auch noch einmal 25 Mio. zusätzlich für den sozialen Wohnungsbau und den kommunalen Wohnungsbau zur Verfügung gestellt. Wir wollen und das muss man an dieser Stelle einmal dem Baudezernat, Ihnen Frau Bürgermeisterin und Ihren Mitarbeitern, auch Herrn Bastin, so wie sie unter diesen schwierigen Bedingungen die „Fischerwiese“ umgesetzt haben, war für uns auch ein bisschen in der Koalition ein Anhaltspunkt dafür, dass es so restriktiv in Zukunft nicht sein darf, weil es eigentlich Programme sind, die gar nicht gehen. Sondern wir müssen Programme machen, die umsetzbar sind. Aber wir brauchen diesen Wohnraum, wir brauchen diesen Wohnraum für Menschen mit einem kleinen Geldbeutel und wir brauchen diesen Wohnraum in verstärkter Weise als Hochschulstandort im Verdichtungsraum Oberzentrumsraum in Südwürttemberg. Ganz wichtig und ich gehe davon aus, dass wir sehr schnell und sehr gut zu Potte sind, dass wenn das genaue Programm von der Landesseite aufgelegt wird, wir beginnen am Mittwoch mit dem Haushalt, dass wir auf diese Programme achten und tatsächlich in die Tat umsetzen.

Und selbstverständlich darf ich auch an dieser Stelle sagen, ist es richtig dass wir Schmalegg machen. Muss ich ganz klar einmal betonen, wir haben auch für dieses Baugebiet gestimmt, auch wenn es immer natürlich weh tut, wenn wir wieder eine Grünfläche versiegelt. Aber erstens haben wir da die Chance, dass wir ökologisch orientiert bauen und zweitens haben Sie Recht, Ortschaften brauchen eine gewisse Größe, damit sie dauerhaft leben können. Und darum verstehe ich auch nicht ganz den Antrag, der jetzt schon wieder das Dorfgemeinschaftszentrum in der Ringgenburghalle in Frage stellt. Wenn wir wollen, dass die Menschen dort ein dörfliches oder ortschaftliches Eigenleben führen, dann müssen wir ihnen, selbstverständlich vor allem den Neubürgerinnen und Neubürgern, die Chance auch geben, dass sie ihr Gemeinwesen dort pflegen. Und ich würde doch einfach bitten, solche Redundanzen in Zukunft irgendwie zu verschmerzen.

Huberesch - haben wir dieselbe Chance. Wir müssen alters- also „Wohnen am Hofgut“, wir müssen dort diese Chancen wahrnehmen, dass wir generationenübergreifend und vor allem mit unterschiedlichen Nutzungen. Wir erleben ja hier rund um Ravensburg Bungalowsiedlungen in Ortschaften so keiner mehr bauen würde, die zum Teil entvölkert sind, weil die Kinder sind weg, die sind nicht mehr da und es sind 200 m<sup>2</sup>, die schlecht nutzbar sind. Das wird eine große Initiative für uns von kommunaler Seite, überhaupt auch mit unseren Gemeinden im Umland, solche Flächenreserven sinnvoll zu nützen, auch im Sinne bürgerschaftlichem Engagement, wenn die Menschen älter werden, in ihrer Mobilität eingeschränkt sind.

Z.B. und da bin ich schon beim nächsten Thema, Sie haben selber angesprochen die Verkehrsinfrastruktur, wenn Sie auf die Haushalte gucken, die dem Bund oder dem Land zur Verfügung stehen, wenn Sie sehen wie viele überzeichnete Planfeststellungsstrassen es gibt und wie lange es dauert, bis Projekte, große Infrastrukturprojekte umgesetzt werden. Dann ist es für uns umso wichtiger, dass wir das, was wir übrigens hier vor vielen Jahren schon einmal beschlossen haben, hier in der Haushaltsdebatte, sozusagen eine Mobilitätszentrale, ein Programm zur Reduktion des individuellen Verkehrs, wir haben es zwar immer im Haushalt drin gehabt, aber wir haben es nie mit Fleisch gefüllt. Ich glaube, das ist jetzt die Aufgabe, auch im Übrigen in Zusammenarbeit im neuen Ministerium für Verkehr und Infrastruktur, die eben auf den Modalmix setzt, die eben darauf setzt, dass wir unterschiedliche Bewegungsformen vom Pedelec, vom Fußgänger, vom Auto, vom Bus, vom Zug, besser miteinander vernetzen. Das ist unsere Zukunftsaufgabe. Weil wir in der Stadt selbst, die ökologische Qualität, die Lebensqualität und die Qualität der Einkaufsstadt ist davon abhängig, dass der individuelle Verkehr deutlich reduziert wird. Diese Stadt verliert ihren Charme, verliert ihren Charakter und es ist noch umweltbelastend, wenn wir dauerhaft diese hohe Dichte an auch sehr oft unnötigen Verkehren hat. Sie wissen, es gilt immer noch dieselbe Aufteilung der Verkehre im Mittleren Schussental, 80 % sind Ziel und Quellverkehre unter 80 %. Ich wiederhole meine These und die ist wichtiger denn je, dies ist die Domäne der Stadtplanung, des Fahrrads, des Fußgängers und des öffentlichen Verkehrs, diese Personen so umzulenken und das Auto stehen zu lassen.

Wir, lieber Herr Oberbürgermeister, sind mit Ihnen einer Meinung, dass wir das Bürgerrathaus tatsächlich ins Visier nehmen sollen, aber wir lernen und haben gelernt, dass wir dieses Bürgerrathaus jetzt auch exemplarisch benutzen sollen und benützen müssen, für echte Bürgerbeteiligung ich sage sogar, diese Frage soll bürgerentscheidfähig sein. Wir wollen, dass dieses Projekt, und wenn wir es gut begründen können sind wir die letzten die davor Sorge haben, dafür politisch qualifiziert Mehrheiten zu bekommen, die Qualität der letzten Bürgerentscheide und Volksbegehren sowohl auf Landesebene, als in Lindau, als in Gaildorf, haben doch gezeigt, dass es wieder eine große Lust an Interesse an Beteiligung gibt. Und ich sage, lassen Sie uns die Bürgerinnen und Bürger mitnehmen, das haben wir die letzten Jahre gelernt. Wir alle haben unser gut ausgestattetes Expertenwissen, wir können darauf zurückgehen, dass wir jederzeit von Ihnen eine große Summe an Einzelinformationen bekommen und glauben, dass wir das, wenn wir das berichten, dass das schon ausreicht. Aber die Bürgerinnen und Bürger sind nicht an der Entstehung dieser Überlegungen beteiligt und darum wird eine der großen Herausforderungen sein, Infrastrukturprojekte größeren Ausmaßes, und ein Bürgerrathaus ist für die Stadt Ravensburg, gemessen an der Größe, eines der größten Infrastrukturprojekte, dass wir tatsächlich in der Debatte, auch mit den Ideen der Bürgerinnen und Bürger in die offene Diskussion gehen. Nicht nur Information, wie wir sie kennen, denken Sie nur letztendlich an die hohe Qualität bei der Veitsburg, die leider vom Zeitpunkt her zu spät gekommen ist, aber die Qualität, und auch wie es moderiert wurde, war doch 1 a und hätten wir das vorne hingehesetzt, hätten wir das alle mit großer Leidenschaft und ohne Aufregung gemacht und es wären keine Beschädigungen gewesen. Also ich glaube, das muss man einfach analysieren. Darum ist es für uns ganz wichtig, dass wir das Bürgerrathaus zu einer echten Bürgerentscheidungsreife bringen. Ob es dann gefordert wird, das sehen wir. Und ich zitiere ich habe einen der bemerkenswertesten Rednern der letzten Zeit, das war die Gastrede des

ehemaligen Schweizer Bundesrates Moritz Leuenberger, auf dem Grünen Bundesparteitag zur Bürgerbeteiligung, und der unter anderem festgestellt hat, „Jeder Bürgerentscheid und jeder Ausgang eines Bürgerentscheides ist so formuliert und so ausgekleidet, dass die Partei, die nicht zum Zuge kommt, sich trotzdem darin teilweise wiederfinden kann.“ Und das ist eine Qualität, und „Stuttgart 21“ ist ein wunderbares Beispiel dafür, und „Stuttgart 21“ ist ein wunderbares Beispiel dafür, dass eine Landesregierung, die inhaltlich einen anderen Schwerpunkt gesetzt hatte, unumwunden sich dazu bekennt, dieses Projekt umzusetzen mit allen dazugehörenden, mit allen dazugehörenden Aufgaben, des Überwachens, des Controllings, und der Bausteuerung.

Und meine Damen und Herren, sehr geehrter Herr Schuler, ich würde Ihnen einfach raten, noch ein bisschen zuzuhören. Lieber Kollege, ich hoffe es war jetzt nicht meinen Ausführungen geschuldet, sondern tatsächlich, natürlich weiß ich, dass jeder seinen Schmerz auf eigene Art behandelt. Ich bin selber lang genug im Gesundheitswesen tätig, um autoinduktive Dinge zu kennen, bloß bringen sie einen manchmal nicht weiter, manchmal sollte man sich öffnen und auch einmal etwas Unbequemes sich selber zugestehen, aber ich habe hier keine therapeutische Funktion.

Ich wollte aber tatsächlich sagen, weil „Stuttgart 21“ ist ein gutes Leitbild, die Menschen wollen von uns, und das ist tatsächlich so, die Menschen sind so gut informiert, wie noch nie. Und das ist genau die richtige Spannung, die wir haben, zwischen Parlament und Bürgergesellschaft. Die brauchen von uns nicht mehr hören, was sie denken sollen, sondern die wollen von uns die Fähigkeit nach einer gewissen ausreichenden Summe der Abwägung, dass wir umsetzen, dass wir zeigen, wie es geht, dass wir Mehrheiten, hinter der die Bevölkerung stehen kann, die man zumindest akzeptiert oder respektiert, wenn man auch unterlegen ist. Das ist in Zukunft unsere Aufgabe. Und dazu gehört auch politisches Vertrauensverhältnis, auch im Verhältnis zwischen Parlament und Verwaltung, dass wir Ihnen Freiräume geben, dass Sie das Wie gestalten, im Gegenzug, Sie, bei der Grundsatzentscheidung das Was durch Ihr Wie unsere Entscheidungen nicht verfremden, sondern tatsächlich so umsetzen, wie es unser politischer Wille ist.

Ich glaube, dass wir heute keine weiteren Zahlen mehr nennen müssen. Es ist ein Erfolg, dass wir einen ausgeglichenen Haushalt haben. Ich sage Ihnen nur so viel, auf Landesseite wird es auch einen ausgeglichenen Haushalt geben. Wir wissen aber leider heute schon, dass 2013 wieder 2,5 Mrd. strukturelles Defizit haben wird, weil eben gewisse Dinge nicht einfach zu gestalten sind und gewisse Strukturen einfach vorhanden sind. D.h. für uns alle, Einsparung als Idee zur Verbesserung und zur Optimierung von Abläufen ist richtig. Aber bloße Einsparungsreflexe, die das Gemeinwesen und die die Stadt in ihrer Vitalität stören und auch in ihrem Anspruch, für alle eine gerechte Stadt zu sein, die würden wir weiterhin ablehnen. Und es kann immer einmal wieder sein, dass es eine Situation gibt, wo wir Schulden aufnehmen müssen. Ich hoffe, es wird selten der Fall sein, aber auch das gibt es in Sondersituationen.

In diesem Sinn möchte ich schließen mit einem Wort noch an Sie, Herr Lehmann. Wir haben öfters einmal miteinander „gehakelt“, sind uns auch ab und zu schon in die Wolle gekommen, vielleicht auch das eine oder andere Mal, stelle ich immer wieder fest, wenn man ein bisschen reflektiert, dass man einmal Dinge sagt, die man vielleicht ein zweites Mal nicht mehr sagt, die auch manchmal beleidigend sein können. Sollte das geschehen sein, bitte ich nochmal ganz hochoffiziell um Entschuldigung. Sie haben Ihre Funktion als Kämmerer und ich kenne jetzt noch viele, ich kenne jetzt sogar einen Finanzminister, und Ihr alle seid gleich, Ihr sagt alle erst einmal „njet“, und wenn man gute Argumente hat, dann bekommt man noch etwas.

Und jetzt möchte ich noch eine Sache ansprechen, eine sehr unangenehme Sache, die mich dieses Jahr von allem am meisten berührt hat. Das war der Presseartikel, der die Persönlichkeitsrechte von Frau Utz gestört hat oder verletzt hat. Sowohl dieser Journalismus, wie auch die darin getätigten Äußerungen sind nicht angemessen und stehen

keinem zu, so jemanden auch in seiner persönlichen Integrität zu gefährden. Wir alle haben mit Frau Utz schon einmal unsere „Händel“ gehabt und haben auch einmal unter 4, 6 oder 8 Augen miteinander „gegoscht“ und auch einmal gesagt, „Mensch jetzt rei dich doch ´mal zusammen“, aber wenn man objektiv die Leistungen sieht und ich sage Ihnen ich habe gerade sehr viel mit Dr. Jansen vom Regierungspräsidium zu tun, das ist wirklich sozusagen der „Gottvater“ der Stadtsanierungen in Sdwrtemberg und der ist aus allen Wolken gefallen, als er diesen Artikel in der Hand hatte und gesagt hat, „meine wichtigste Partnerin in Sdwrtemberg so zu beschädigen“. Das sollte uns allen zu denken geben. Wir sind alles leidenschaftliche Leute, wir können einmal etwas vertragen, und eine einmal draufkriegen, ich wäre der letzte, Ihr seht es an meiner krummen Nase, das ist gut, aber wir müssen wirklich bedenken, es gibt eine Untergrenze an Persönlichkeitsrechten, die nicht zu unterschreiten ist.

In diesem Sinne von uns allen, die wie auch immer, Frau Utz, wir wollen, dass man das wieder gutmacht, sofern das geht. Ich meine, wir sollten daran denken, solche Dinge auf keinen Fall mehr zu machen.

In diesem Sinn wünsche ich uns, Ihnen, gute Weihnachtszeit und wir freuen uns alle auf ein konstruktives und politisch buntes Jahr 2012. Vielen Dank!